

## Infoblatt für Parlamentarier/innen

Herbstsession 2019

### Im Brennpunkt

#### **Konzernverantwortungsinitiative: Kompromiss oder Volksabstimmung**

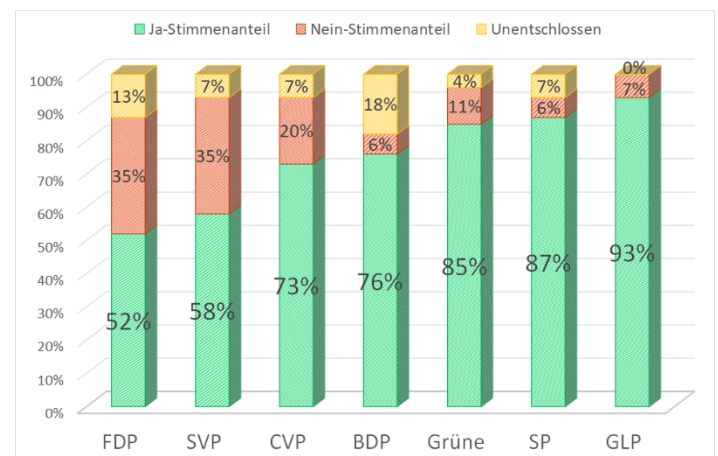
2016 wurde die Konzernverantwortungsinitiative bei der Bundeskanzlei eingereicht. Seither gilt das Dossier in Bundesbern als heiss – und als Geschäft mit ungewöhnlichem Verlauf.

Die parlamentarische Beratung der Initiative und des indirekten Gegenentwurfs zieht sich seit zwei Jahren und über 18 Kommissionssitzungen hin. Am 26. September entscheidet nun der Ständerat final darüber, ob er einen Gegenvorschlag will oder die Volksabstimmung bevorzugt. Der aktuelle Gegenvorschlag ist ein klassischer, schweizerischer Kompromiss. Nicht nur Nationalrat und RK-S stehen dahinter, sondern mit Migros, Coop, Manor und welschen Wirtschaftsverbänden auch ein bedeutender Teil der Wirtschaft, Investoren wie Bank J. Safra Sarasin oder BMO, sowie die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK). Auch die Initianten haben angekündigt, ihre Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen. Die Lösung liegt also auf dem Tisch.

#### **Breite Unterstützung der Volksinitiative**

Aber nicht nur im Parlament ist das Geschäft etwas Besonderes. Auch die Volksinitiative ist ein spezielles Projekt. Seit Beginn stand eine breite Allianz hinter dem Anliegen, die heute 114 Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungs- und Konsumentenorganisationen zählt und stetig grösser wird: Zuletzt entschied beispielsweise Operation Libero, die Konzernverantwortungsinitiative zu unterstützen. Der Evangelische Kirchenbund (SEK) und die Bischofskonferenz (SBK) stehen zusammen mit weiteren kirchlichen Akteuren wie der Heilsarmee für die Initiative ein. 140 Unternehmer/innen haben sich in einem Wirtschaftskomitee für die Initiative zusammengesetzt. Und vor kurzem gab das «Bürgerliche Komitee für Konzernverantwortung» mit Politiker/innen aus BDP, CVP, FDP, GLP und SVP seine Gründung bekannt. Eindrücklich ist zudem das grosse Engagement von Freiwilligen: Bereits jetzt haben sich in 250 Gemeinden lokale Bürgerkomitees gebildet, die sich mit Standaktionen und Veranstaltungen für mehr Konzernverantwortung engagieren. Damit steigen die Chancen für einen Erfolg an der Urne weiter an.

Das zeigt auch eine aktuelle Umfrage bei Stimmberechtigten: Heute würden 75 Prozent der Initiative zustimmen. Interessant ist dabei auch, wie sich die Wähler/innen der verschiedenen Parteien positionieren:



Repräsentative Umfrage durch Demoscope, August 2019

### Schauplatz Schweiz

#### **Der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK und die Bischofskonferenz unterstützen die Konzernverantwortungsinitiative**

Als Zusammenschluss der 24 reformierten Kantonalkirchen, der Evangelisch-methodistischen Kirche sowie der Église Évangélique Libre de Genève repräsentiert der SEK die rund 2,4 Millionen Protestantinnen und Protestanten in der Schweiz. Der SEK hat sich am 2. September in einer Stellungnahme für die Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen.

Am 19. September hat auch die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) für die Initiative Stellung bezogen. In der SBK sind die Bischöfe der sechs Bistümer der Schweiz, deren Weihbischöfe sowie die beiden Äbte der Territorialabteien St-Maurice und Einsiedeln vertreten.

### Schauplatz International

#### **Niederlande verabschieden Sorgfaltsgesetz gegen Kinderarbeit**

Am 14. Mai hat der niederländische Senat eine neue Sorgfaltsprüfungspflicht final verabschiedet. Alle Unternehmen, welche an niederländische Konsumentinnen

und Konsumenten verkaufen haben neu die Pflicht, Risiken für Kinderarbeit zu identifizieren und gegebenenfalls Massnahmen zu ergreifen. Das Gesetz betrifft grundsätzlich Unternehmen jeglicher Grösse und Branche, sowie ausländische Unternehmen welche direkt in den Niederlanden verkaufen. Zuwiderhandlungen werden mit hohen Bussen und im Wiederholungsfall gar Gefängnisstrafen für Geschäftsführer geahndet. Zahlreiche Unternehmen, darunter Nestlé, hatten das Gesetz öffentlich unterstützt. Im Senat wurde betont, dies sei nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Sorgfaltsprüfungspflicht für alle Menschenrechte und Umweltaspekte. Die niederländische Regierung will dies nun prüfen.

### **Wegweisendes Urteil gegen britisches Rohstoffunternehmen**

Am 10. April 2019 hat der Oberste Gerichtshof von Grossbritannien in einem wegweisenden und international beachteten Urteil entschieden, dass das englische Rohstoffunternehmen Vedanta Resources plc gegenüber 1'826 sambischen Klägern eine Sorgfaltspflicht hat. Bei der Klage geht es um verschmutztes Wasser durch ein Tochterunternehmen. Das Gericht bejahte in erster Linie die Zuständigkeit sowohl für die Klage gegen die englische Muttergesellschaft als auch gegen das sambische Tochterunternehmen und wies darauf hin, dass das britische Mutterunternehmen auf Grund der Sorgfaltspflicht nun direkt für den entstandenen Schaden zur Haftung gezogen werden könnte.

### **Fallbeispiele**

#### **Solway**

Das investigative Journalistennetzwerk «Forbidden Stories» hat die Aktivitäten der Solway Investment Group mit Sitz in Zug unter die Lupe genommen. Bei den Recherchen zur Nickelmine Fénix im Osten von Guatemala deckte es auf, wie die lokalen Tochtergesellschaften von Solway durch die Förderung und Verarbeitung von Nickelerz Land verwüsten, Quellen zum Versiegen bringen, den See verschmutzen, den sozialen Zusammenhalt zerstören und den Widerstand kriminalisieren.

Am 18. Juli hat das Verfassungsgericht Guatemalas die Konzession für den Abbau von Mineralien der Nickelmine Fénix vorläufig suspendiert. Grund: In den betroffenen Gebieten am Izabalsee haben keine verbindlichen Konsultationen der indigenen Bevölkerung stattgefunden. Diese sind nach dem Urteil des Verfassungsgerichts noch ausstehend.

### **Argor Heraus mit zweifelhaften Geschäftspartnern**

Geldwäscherei, illegale Bereicherung, Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die kolumbianische Regierung erhebt schwere Vorwürfe gegen den Goldlieferanten C.I.J. Gutiérrez und verhaftete leitende Angestellte der Firma. Über ein Geflecht von Fassadenlieferanten habe das Unternehmen illegal abgebautes Gold gewaschen und als legales Gold exportiert. Der Goldabbau zerstört in Kolumbien grossflächig Wälder, vergiftet Flüsse und Böden und zerstört die Lebensgrundlagen der dort angesiedelten Menschen.

Brisant dabei ist – so die Recherche von Fastenopfer und der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien – dass die Goldraffinerie Argor Heraeus aus Mendrisio zwischen 2009 und 2018 jährlich 5 bis 9 Tonnen Gold von diesem kolumbianischen Händler bezogen hat.

### **Fast 38'000 Menschen fordern von Syngenta: Stoppt das Geschäft mit hochgefährlichen Pestiziden!**

Public Eye hat Syngenta an dessen Basler Hauptsitz eine Petition übergeben, in der 37'816 Unterzeichnende den Agrochemiekonzern auffordern, seine giftigsten Pestizide vom Markt zu nehmen. Denn diese gefährden die Gesundheit von Millionen von Menschen, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Recherchen von Public Eye haben gezeigt, dass beispielsweise in Brasilien Millionen von Menschen einem Pestizid-Cocktail in ihrem Trinkwasser ausgesetzt sind, dessen langfristige Effekte noch längst nicht absehbar sind. Nach Schätzungen von Public Eye erzielte Syngenta mit hochgiftigen Pestiziden allein 2017 Substanzen einen Umsatz von rund 3,9 Mrd. Dollar. Weitere Infos: [www.publiceye.ch/pestizide](http://www.publiceye.ch/pestizide)

### **Weitere Infos**

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- [www.konzern-initiative.ch](http://www.konzern-initiative.ch)
- Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen: [www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch](http://www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch)
- Business & Human Rights Resource Centre, London: [www.business-humanrights.org](http://www.business-humanrights.org)